

Pressemitteilung vom Juni 2023

„Ohne Rauch geht's auch!“ bei der Mobilität des DKFZ

Greenpeace Mannheim-Heidelberg zeigt die Gesundheitsschäden des Autoverkehrs auf

Heidelberg, Juni 2023 – Die Umweltschutzorganisation Greenpeace Mannheim-Heidelberg hat in Kooperation mit dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) anlässlich des Weltnichtrauchertags in der letzten Woche den Mitarbeiter*innen gedankt, die trotz kostenloser Parkplätze den Weg zur Arbeit umweltfreundlich zurücklegen. Dabei erneuert die Organisation die Kritik an der nach wie vor bestehenden Subventionierung des automobilen Pendelns und der mangelhaften Unterstützung des Radverkehrs durch das Institut. So sind entgegen Frau Weyrichs Aussagen vom letzten Jahr anlässlich der Verleihung des „Goldenen Betonklotzes“ immer noch keine Verbesserungen bei den Fahrrad-Abstellplätzen erfolgt. Die Mehrzahl der Stellplätze ist nach wie vor nicht überdacht und entsprechen teilweise nicht einem zeitgemäßen Standard. Greenpeace appelliert deshalb an den Vorstand des DKFZ, auch bei den durch den Autoverkehr verursachten Emissionen so entschlossen zu handeln wie beim Zigaretten-Rauch und den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter*innen und Bürger*innen Heidelbergs in den Vordergrund zu stellen.

Dankes-Botschaften auf dem DKFZ-Außengelände

„Danke an alle Mitarbeiter*innen, die für den Weg zur Arbeit das Auto stehen lassen.“, steht auf den Plakaten, die Greenpeace-Ehrenamtliche auf die „Ohne Rauch geht's auch!“-Schilder des DKFZ geklebt haben. „Nicht nur Zigaretten-Rauch ist ein Killer, auch der Rauch aus dem Auspuff der Autos tötet jedes Jahr zahlreiche Menschen“, macht Janina Hornig, Öffentlichkeitskordinatorin bei der lokalen Greenpeace-Gruppe, deutlich. Neueste Forschungen belegen die Bedeutung des durch den Autoverkehr emittierten Feinstaubs und der Stickstoffdioxide bei der Entstehung von Lungenkarzinomen, Herzrhythmusstörungen, Diabetes mellitus und neurodegenerativen Erkrankungen. So ist der Autoverkehr laut Schätzungen für etwa zwölf Prozent der Lungenkarzinome verantwortlich. Erschwerend kommt hinzu, dass die Elektromobilität das Problem nur teilweise löst. Denn der emittierte Feinstaub stammt ebenfalls vom Reifen- und Bremsabrieb der Autos. „Autos haben insbesondere in Städten nichts zu suchen,“ sagt Hornig, „denn dort summieren sich deren negative Auswirkungen auf engem Raum“. Entsprechend belastet der tägliche Pendelverkehr des DKFZ die Anwohner*innen Handschuhsheim oder Bergheims. Greenpeace fordert deshalb durch einen attraktiven ÖPNV und durch eine Bepreisung der Parkfläche für Mitarbeiter*innen des Instituts einen Anreiz zu schaffen, um den Autoverkehr insgesamt zu reduzieren.

DKFZ-Vorstand zeigt keine Ambitionen bei der Verkehrswende

„Anstatt als wissenschaftliches Institut, das sich dem Kampf gegen den Krebs verschrieben hat, voranzugehen, versteckt sich der Vorstand hinter angeblichen gesetzlichen Zwängen“, ärgert sich Hornig über die 75 Parkplätze an der Berliner Straße, für die das DKFZ ca. zwei Millionen Euro investiert. Andere Arbeitgeber wie die Heidelberger Energiegenossenschaft haben hier den vorhandenen Spielraum ausgenutzt und eine reduzierte Anzahl von PKW-Stellplätzen erstellt. Diese werden teuer vermietet, eine unentgeltliche Nutzung ist ausgeschlossen. Für Radfahrer*innen werden u. a. hochwertige Fahrradstellplätze in einem Fahrradparkhaus angeboten. Auch für die Angestellten der Universität Hamburg gibt es keine kostenfreien Parkplätze. Der Kostenpunkt liegt hier sogar bei monatlich 50 €.

Das DKFZ benötigt ein ganzheitliches, umwelt- und gesundheitsfreundliches Mobilitätsangebot

„Das Mindeste wäre die Einführung von Parkplatzgebühren für Angestellte, wie sie die Universität und das Klinikum schon lange haben. Es kann nicht sein, dass ein Krebsforschungsinstitut seine Mitarbeiter*innen nicht an den Kosten der automobilen Infrastruktur beteiligt“, findet Hornig. Dies entspricht auch dem Ergebnis des Masterplans Neuenheimer Feld, das nach wie vor vom Vorstand des DKFZ ignoriert wird. Dabei würde ein ganzheitliches Mobilitätskonzept mit einer Reduzierung und Verteuerung des Parkplatzangebotes bei gleichzeitiger Förderung des Umweltverbundes nachweislich den motorisierten Individual-Verkehr stark reduzieren und so das Klima und die Gesundheit der Angestellten und der Bürger*innen Heidelbergs schützen. „Es ist Zeit jetzt zu handeln, das DKFZ muss seine Blockade bei der Verkehrswende im Feld aufgeben“, schließt Hornig.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Janina Hornig, Tel. 0178–1347789